

mb

Von: Lammer Maximilian [maximilian.lammer@pleon-publico.at]

Gesendet: Mittwoch, 27. August 2008 14:25

An: a.meyer-hiestand@aon.at; info@wiener-prater.at; milan@brantusa.at

Betreff: WG: APA: Wiener Riesenradplatz 2 - Grüne sehen Verantwortung bei Stadt Wien

Betreff: APA: Wiener Riesenradplatz 2 - Grüne sehen Verantwortung bei Stadt Wien

APA0401 5 CI 0339 WI/II F. APA0366/27.08 Mi, 27.Aug 2008

Gericht/Bauten/Finanzen/Immobilien/Architektur/Wien/Kommunales

Wiener Riesenradplatz 2 - Grüne sehen Verantwortung bei Stadt Wien

Utl.: Gretner: Stadt spart sich durch Konkurs Geld -
Ausgleichsbericht der Masseverwalterin präsentiert Wien/APA =

In den Querelen um die Errichtung des Wiener Riesenradplatzes und die Insolvenz des Generalunternehmers "Explore 5D" haben die Grünen am Mittwoch anhand des ihnen zugespielten Ausgleichsberichts von Masseverwalterin Eva Riess schwere Vorwürfe gegen die Stadt erhoben. Diese habe Explore zum Sündenbock gestempelt und bewusst in Konkurs geschickt, um Geld zu sparen.

Nach der heutigen Annahme einer Ausgleichsquote von 40 Prozent durch die betroffenen Subunternehmer müssten nun nicht mehr 100 Prozent der Rechnungen bezahlt werden, sondern nur mehr 40. So könne wohl das Budget von 32 Mio. Euro gehalten werden, das sich eigentlich deutlich erhöht habe, vermutete Planungssprecherin Sabine Gretner.

Die Überschreitung des Budgets sei der Stadt jedenfalls lange bekanntgewesen, bevor man Ende 2008 die Zahlungen an Explore einstellte, wie aus dem Bericht der Masseverwalterin hervorgeht, in dem es heißt: "Den Baubesprechungsprotokollen ist zu entnehmen, dass bereits im November 2007 klar war, dass eine gänzliche Fertigstellung gemäß TU-Vertrag (Totalunternehmer, Anm.) innerhalb der Frist nicht mehr möglich sein werde bzw. dass mangels Klarheit über die Ausführung zeitliche Verzögerungen und Mehrkosten entstehen werden."

Im Februar 2008 wird in einem Besprechungsprotokoll bescheinigt, dass Explore die Mehrkosten nicht finanzieren könne, aber dennoch den Bau fertigstellen solle, während die Errichtungsgesellschaft zahle: "Für eine Bedeckung der Kosten wird in den kommenden Wochen durch die RRPE gesorgt." Die Mehrkosten seien zentral durch Zusatzwünsche der Mieter entstanden, die von der Stadt aber laut Masseverwalter-Bericht, goutiert wurden: "Aus den Protokollen geht hervor, dass die Stadt Wien die Einbindung der Mieterwünsche ausdrücklich gewünscht hat."

Im Büro der zuständigen Stadträtin Grete Laska (S) kündigte man gegenüber der APA an, sich die heute erzielte Einigung im Ausgleichsverfahren genau anzusehen." Laska hatte Ende Juni angekündigt, dass für die Subunternehmer aus dem beschlossenen Budget noch 7,9 Mio. Euro übrig seien, die nur wegen des laufenden Insolvenzverfahrens nicht ausbezahlt werden könnten. Georg Wurz, Geschäftsführer der Riesenradplatz Errichtungs GmbH, war am Mittwoch zu keinem Kommentar bereit.

(Schluss) maf/mac/af

APA0401 2008-08-27/13:50

271350 Aug 08